

Produktion von Hightech-Waffen geplant

In einer Rede anlässlich der jährlichen Versammlung der 'Defence Services Technological Academy' (DSTA) im April 2001 sagte Burmas Staatschef Than Shwe, dass Burmas Militärregierung plane, die Verteidigungsindustrie des Landes auszubauen und die Herstellung von Waffen mit elektronischen Fähigkeiten mit einzuschließen. Er teilte seinen Zuhörern — unter ihnen auch ranghohe Mitglieder des burmesischen Militärs und die in Burma akkreditierten Militärattachés verschiedener Nationen — mit, dass der Vorteil moderner Kriegsführung der Gebrauch der Elektronik sei. »Elektronischen Krieg führt man durch elektronische Spionage und Sabotage«, so Than Shwe. Er forderte die Kadetten auf, mit der Akademie zusammen zu arbeiten, damit Burma moderne Militärausrüstung produzieren könne, ohne sich auf andere verlassen zu müssen. Armeingenieure müssten in der Lage sein, alles zu produzieren, was andere erfänden.

Die DSTA werde ihre akademischen Standards erhöhen, kündigte General Than Shwe an. Der erste Jahrgang von Abschlusskandidaten studiert im Moment an der Akademie; demnächst soll ein Doktoranden-Programm gestartet werden.

Burmas Verteidigungsindustrie hat ihr Zentrum in der Industrieregion um Pye am Irawaddy, in der Nähe der Luftwaffenbasis in Meiktila und in Rangun. Bisher konzentriert man sich hauptsächlich auf die Produktion von Waffen, Munition, Landminen und Fahrzeugen für den Guerillakrieg. China, Russland und Singapur liefern einen großen Teil der weiter entwickelten militärischen Hardware.

vgl. *Burma Courier*, 9.4.2001

Drogenfund

Thailändische Truppen haben im April 2001 6,1 Millionen Amphetamin-Tabletten und 4,5 Kilogramm Heroin von Dealern an der burmesischen Grenze sichergestellt, der zweite große Drogenfund innerhalb einer Woche. Wie Militärangehörige bekannt gaben, hatten thailändische Soldaten, die entlang der Grenze in Tak patrouillierten, ein Stück innerhalb thailändischen Territoriums, einen kurzen Zusammenstoß mit 35 Händlern, angeblich Angehörige ethnischer Minderheiten. Die Sicherheitskräfte stellten die Drogen sicher, die von den Drogenkurieren zurückgelassen wurden. Zu Toten oder Verletzten kam es bei dem Zusammenstoß nicht.

In der vorangegangenen Woche hatten thailändische Soldaten in der gleichen Gegend bereits 7,6 Millionen Mettamphetamin-Tabletten sichergestellt. Die Kuriere wurden verdächtigt, der Demokratischen Buddhistischen Karen Armee (DKBA), einer Widerstandarmee, anzugehören.

Lt.-Gen. Wattanachai Chai-meunwong, Kommandant der Dritten Armee, die in der nördlichen Grenzregion patrouilliert,

ist der Ansicht, dass die DKBA auch für den letzten Fund verantwortlich ist. Thailands neuer Premierminister Thaksin Shinawatra erklärte vergangenen Monat einen »Krieg gegen Drogen« und versprach, mit den burmesischen Behörden bei der Bekämpfung des Drogenhandels zusammenzuarbeiten. Geschätzte 700 Millionen Mettamphetamin-Tabletten fließen jedes Jahr nach Thailand und verstärken eine Abhängigkeits-Krise, die sechs Prozent der Bevölkerung von 62 Millionen im Griff hat. Die billigen Pillen werden in Dschungelraffinerien entlang der Grenze zwischen Burma und Thailand hergestellt, die meistens von ethnischen Armeen betrieben werden, die Friedensverträge mit Rangun unterzeichnet haben.

Als Gegenmaßnahme gegen die aus Burma einströmenden Drogen wurde eine Ladung von Maschinen für ein Braunkohlekraftwerk für eine Gruppierung der ethnischen Wa beschlagnahmt, die mit der Junta verbündet ist, und die nach allgemeiner Meinung im Drogengeschäft tätig ist

vgl. *AFP*, 25.4.2001

Arbeitsmigranten verhaftet

Die Polizei hat in der Nähe einer Textilfabrik in Mae Sot rund 500 burmesische Migranten wegen illegaler Einreise nach Thailand verhaftet, so die Aussage von Offizieren und Zeugen.

Die Migranten versteckten sich in einem Reisfeld nahe der 'Champion Knitting' Fabrik in Mae Sot, 370 Kilometer nordwestlich von Bangkok, als sie von der Polizei umzingelt wurden. Die Migranten sollen deportiert werden, so die Polizei.

San Linn, 24, einer der verhafteten Migranten, sagte aus, die Fabrik, die mehr als 3.000 burmesische Migranten beschäftigt habe, sei Anfang des Monats geschlossen worden, nachdem sich thailändische Bewohner darüber beschwert

hatten, dass sie Umweltverschmutzung verursache.

»Wenn wir unser Gehalt für den letzten Monat bekommen hätten, wären wir nach Burma zurückgekehrt, aber wir hatten nicht genügend Geld für die Reise zurück. Wir sind hungrig. Wir essen nichts«, erzählte San Linn gegenüber AP im 'Immigration Detention Center' in Mae Sot. Hunderttausende von burmesischen Migranten leben illegal in Thailand, arbeiten teilweise für 40 Baht (weniger als DM 2,00) pro Tag, ein Drittel des Mindestlohns für Thais. Tausende werden jeden Monat deportiert, doch sehr viele kommen zurück.

vgl. *AP* 12.4.2001

nachrichten

Japan sagt Hilfe zu — EU verlängert Sanktionen

Japan hat 28,6 Millionen US-Dollar zur Erneuerung eines Kraftwerks im östlichen Burma zugesagt, das vor gut 40 Jahren von japanischen Firmen gebaut worden war. Hilfe in dieser Größenordnung hat es seit 1988 nicht mehr gegeben. Die Zusage wird als eine Antwort auf die Gespräche zwischen Regierung und Opposition gewertet.

Dagegen haben die EU-Außenminister auf ihrer Sitzung am 9. April 2001 die gegen Myanmar verhängten Sanktionen um sechs Monate verlängert. Sie sehen keine Verbesserung in der Achtung der Menschenrechte, begrüßen aber den Dialog zwischen den Führern des Regimes und der Pro-Demokratie-Bewegung und fordern konkrete Schritte hin zu einer »nationalen Versöhnung« im Lande.

Die Militärregierung in Burma hat die Verlängerung der europäischen Sanktionen als Einschüchterungstaktik zurückgewiesen. In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es, Burma werde ausländischen Druck ignorieren. Es sei ein Land mit eigener Würde und weigere sich daher zu betteln. Die EU hat Besuche der herrschenden Generäle verboten, Waffenverkäufe gestoppt und nicht-humanitäre Hilfe suspendiert. Die Sanktionen werden regelmäßig geprüft.

vgl. *AFP*, 30.4.2001, *Kyodo*, 9.4.2001, *BBC*, 11.4.2001

nachrichten

Umstrittene Menschenrechte

Der UN-Sonderbotschafter für Menschenrechtsfragen, der brasilianische Rechtsprofessor Paulo Sergio Pinheiro, besuchte Burma vom 3. bis 5. April 2001, nachdem er vorher andere Länder der Region besucht hatte. Er sprach mit Mitgliedern der regierenden Junta und auch mit führenden Politikern der NLD, unter anderem auch mit Aung San Suu Kyi. Außerdem besuchte er eine Gaspipeline, bei deren Bau angeblich Zwangsarbeiter tätig sind. Es war dies der erste Besuch seiner Art nach fünf Jahren. Dem Vorgänger Pinheiros war die Einreise nach Burma verwehrt worden.

Die Regierung nannte den Besuch »konstruktiv«, er selbst äußerte in Genf auf der Tagung der UN-Kommission für Menschenrechte »vorsichtigen Optimismus« über die Lage im Lande und verwies auf den Aufbau einer Kommission für Menschenrechte mit Hilfe von australischen Experten. Die UN-Kommission lobte den Dialog und kritisierte die Menschenrechtssituation in Burma. Der burmesische Botschafter bei den Vereinten Nationen verneinte Menschenrechtsverletzungen. Die Regierung in Rangun kritisierte den Beschluss der UN-Kommission als »herabsetzend, unfair und parteilich«.

vgl. AFP/Reuters 6.4.2001; Mizzima News Group 9, 12.4.2001

Aus Anlass des Tages der Streitkräfte

Zur Erinnerung an den Beginn des Kampfes der burmesischen Unabhängigkeitsarmee gegen die Japaner am 27.3. 1945 wurde ein Brief von politischen Veteranen zu den Gesprächen zwischen Regierung und Opposition veröffentlicht. Prominentester Unterzeichner war Bohmu Aung, einer der letzten noch lebenden Mitglieder der legendären »30 Kameraden«, zu denen auch Aung San und Ne Win gehörten, die nach einem Training durch die Japaner den Kern der Unabhängigkeitsarmee Burmas bildeten.

Bohmu Aung, mittlerweile über 90, war Verteidigungsminister unter U Nu, kämpfte später an dessen Seite von Thailand aus gegen Ne Wins Regime und kehrte 1980 nach einer Amnestie in sein Heimatland zurück. Das Schreiben bezeugte »übergroße Freude« angesichts des Dialogs, forderte beide Seiten zu einer öffentlichen Erklärung über das Ergebnis der Gespräche auf und verlangte von der Regierung eine Freilassung aller politischer Gefangenen.

vgl. DVB, 8.4.2001

Größte Perle der Welt gefunden

Im südlichen Burma wurde eine 169 Gramm (845 Karat) schwere Salzwasser-Perle gefunden. Die bisher größte bekannte Perle hatte 450 Karat und wird in einem britischen Museum aufbewahrt. Die Nachricht wurde von einem Pressesprecher der regierenden Junta veröffentlicht. Die Perle war der Regierung geschenkt worden. Damit konnte die Junta eine weitere glückverheißende Nachricht vermelden. Im Januar 2001 war im Norden des Landes der größte jemals gefundene Block aus Jade entdeckt worden. Schon seit längerem wird der 1997 gemachte Fund eines etwa 40 Millionen Jahre alten Fossils eines Primaten in Zentralburma publizistisch und propagandistisch ausgeschlachtet, mit dem die Behauptung verbunden wird, dass die Menschheit ihre Heimat in Myanmar habe.

vgl. AFP, 21.4.2001

Treffen deutscher Burma-Gruppen

Auf Initiative des Euro-Burma Office in Brüssel trafen sich Vertreter von deutschen Gruppen, die sich für Burma engagieren im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem Meinungsaustausch angesichts der Gespräche zwischen Regierung und Opposition in Burma. Unter der Überschrift »Gespräche in Burma sind noch kein wahrer Dialog« wurden einige Punkte verabschiedet. Darunter war die Forderung nach

der Einbeziehung nicht-burmesischer Gruppen in die Gespräche »zum frühest möglichen Zeitpunkt« und die Aufforderung an Regierung und NGOs, bis zu sichtbaren Fortschritten in der Frage der Menschenrechte keine Änderung der bisherigen Haltung vorzunehmen. Der volle Text der Erklärung ist der neu eingerichteten Burma-Homepage des Asienhauses zu entnehmen (<http://www.asienhaus.de/burma>)

Streit geht weiter

Die gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Aung San U, dem einzigen noch lebenden Bruder Aung San Suu Kyis gegen seine Schwester um das von dieser bewohnte Haus der Familie an der University Avenue geht in eine weitere Runde. Ein erster Antrag des in Amerika lebenden Sohns Aung Sans und dessen 1989 verstorbener Frau Khin Kyi auf Aufteilung des Eigentums war im Januar 2001 abgewiesen

worden. Das wurde damals als ein Zeichen der Entspannung des Verhältnisses zwischen der regierenden Militärjunta und der Führerin der Opposition gedeutet. Nun wurde auf Antrag des Bruders am 23. April und 2. Mai neu verhandelt. Eine Entscheidung zugunsten Aung San Us könnte bedeuten, dass Aung San Suu Kyi das Haus verlassen müsste.

vgl. Reuters, 9.4.2001

Daw Khin Gyi gestorben

Daw Khin Gyi, eine Tante Aung San Suu Kyis, starb im Alter von 93 Jahren im Haus der Familie an der University Avenue. Die Schwester der Mutter Suu Kyis war mit dem früheren Führer der kommunistischen Partei Burmas, dem 1968 ermordeten Than Tun, verheiratet gewesen. Aung San und Than Tun

hatten 1942 die Töchter eines Karen-Pastors geheiratet und damit ein Zeichen für die Versöhnung zwischen den Volksgruppen gesetzt. Nach dem Krieg wurde dann Than Tuns Partei aus der von Aung San geführten politischen Sammlungsbewegung AFPFL ausgeschlossen. vgl. AP, 14.4.2001

Deutsche Parlamentarier sagen Besuch ab

Eine sechsköpfige Delegation des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die im Rahmen einer Reise nach Südostasien auch Burma besuchen wollte, sagte den Besuch ab, nachdem die Regierung ihr nicht die Zusage gegeben hatte, Aung San Suu Kyi und andere Politiker der NLD zu sehen. Der Gruppe, die in Kambodscha und Vietnam Station machte, gehört unter anderem der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm an. Auch dem philippinischen Vizepräsidenten Teofisto Guingona wurde ein Besuch bei Aung San Suu Kyi nicht erlaubt. Er akzeptierte die Erklärung der Regierung, dass dies im Einverständnis mit der Oppositionsführerin geschehe.

vgl. DPA, 24.4.2001; AP, 3.5.2001